

**Zeitschrift:** Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes  
**Herausgeber:** Schweizerischer Gewerkschaftsbund  
**Band:** 58 (1966)  
**Heft:** 6

**Artikel:** Die ungewisse Zukunft Jugoslawiens : das Absterben des Kommunismus  
**Autor:** Schläppi, Bruno  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-354238>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 13.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Das Absterben des Kommunismus

Die Behauptung Marschall Titos, sein Volk besäße von allen unter dem Kommunismus lebenden Völkern am meisten Freiheit, trifft auf den Kopf zu. Auf meiner kürzlich abgeschlossenen Jugoslawienreise konnte ich wiederholt feststellen, daß in Wirtschafts- und Intellektuellenkreisen des öftern selbst über die gesellschaftspolitische Berechtigung des Kommunismus diskutiert wird. Selbst im Schoße der Kommunistischen Partei Jugoslawiens kommt es gelegentlich zu hitzigen Streitgesprächen, deren Schlußfolgerungen ketzerischer nicht sein könnten. Und solche Dispute finden etwa nicht hinter neunmal verschlossenen, dichtgepolsterten Türen in geheimen, obskuren Kellerlokalen statt; diese Probleme werden in aller Oeffentlichkeit, in der Presse, behandelt und zu Boden geredet.

Unter anderem hat in den letzten Monaten in Jugoslawien eine Artikelserie Aufsehen hervorgerufen, die sich mit der Entwicklung des Kommunismus in der heutigen Zeit auseinandersetzt und zum Schlusse kommt, daß er zum Absterben verurteilt sei, falls er sich den gesellschaftspolitischen Tendenzen nicht anzupassen vermöge. Und diese Meinung hat kein Geringerer als einer der jugoslawischen Vizepräsidenten, *Edvard Kardelj*, vertreten.

Wir erinnern uns nun plötzlich an *Milovan Djilas*, der sich schon – noch bevor er «Die neue Klasse» veröffentlicht hatte – in einer Artikelserie über das Absterben des Kommunismus ausließ und die entsprechenden Prophezeiungen machte. Es waren diese Artikel, die ihn damals – noch vor dem Erscheinen seines Buches – in der Parteihierarchie unmöglich machten, die sich aber in den Schlußfolgerungen von der Meinung Kardeljs nur wenig unterscheiden. *Milovan Djilas* hat das Absterben des Kommunismus als gegeben betrachtet. Die Ursachen hiezu hat er ja später in seinem verbotenen Werke ausreichend dargelegt. *Edvard Kardelj* hingegen zeichnet die Entwicklung Jugoslawiens in den letzten zehn Jahren und befaßt sich alsdann mit den Aufgaben des Kommunismus unter neuen, veränderten sozialpolitischen Verhältnissen. Hauptsächlich sind es drei Faktoren, die den Wandel der politischen Verhältnisse in Jugoslawien geprägt haben: Zum ersten hat die Partei vor allem unter der Jugend an Zugkraft verloren. Zweitens: Die Veränderungen in der Wirtschaftsstruktur haben die Bildung einer neuen Klasse gefördert; der Betriebsdirektor, der sich nach der neuen Wirtschaftsreform noch intensiver zum Unternehmer durchzumausern gezwungen sieht, erhärtet diese Aussage. Und drittens: Als sich 1962 die Wirtschaftskrise abzuzeichnen begann und es sich zeigte, daß die von Betriebsdirektoren und Staatsstellen verwässerten ökonomischen Reformen, welche 1960 beschlossen worden waren, keine Besserung

des Wirtschaftslebens mit sich brachten, wurde je länger, je mehr und deutlicher der Ruf nach einer Oppositionspartei laut.

Es ginge zu weit, an dieser Stelle fundiert auf die Zukunft des jugoslawischen Kommunismus einzugehen. Aber es läßt sich nicht leugnen, daß er gerade in diesem Lande einem tiefgreifenden Wandel unterworfen ist, den nicht die Partei, sondern die ökonomische Entwicklung diktiert. In dieser Beziehung hat sich die politische Führung schon seit Jahren keinen Illusionen mehr hingeeben. Die politische und wirtschaftliche Zukunft aber sieht eher düster aus. Die zweite Wirtschaftsreform – als Neuauflage derjenigen von 1961 – darf nicht scheitern. Wohl versucht man in offiziellen Kreisen die Journalisten zu überzeugen und glaubt daran, daß die neuerlichen Reformen nicht fehlschlagen werden. Die politische Unsicherheit aber, die man dabei an den Tag legt, ist nicht zu übersehen. Und die Funktionäre wissen nur zu gut, daß das Volk den letzten Maßnahmen – den Preiserhöhungen vor allem – unzufrieden und besorgt gegenübersteht und es seine Mentalität befremdet, den plötzlichen Kaufkraftverlust durch reine Mehrleistungen wieder wettzumachen. Es bleibt noch immer dabei: Die Jugoslawen sind sich des zielstrebigen, produktiven Arbeitens noch nicht so gewohnt wie wir nimmermüden westlichen Arbeitstiere.

Schneidet man diese Probleme in Jugoslawien an, so ist auch die folgende Antwort typisch für die politische Unsicherheit, die zurzeit im Lande herrscht: «Die nächsten Jahre werden schwer sein, mit unserer Reform aber werden wir nicht fehlgehen; schlußendlich wird sie von Erfolg begleitet sein!» Diese Replik läßt das Dilemma durchblicken, in welchem sich die Partei befindet: Sie hat eine Reform zu verwirklichen, die nicht scheitern darf – und bewerkstelligen muß sie sie mit eindeutig unpopulären Maßnahmen. Es liegt auf der Hand, daß die Reform schon infolge der prekären Situation auf dem ökonomischen Sektor nicht versagen darf. Sie darf sich aber auch nicht in politischer Hinsicht als Versager erweisen. Denn – und das hat man mir während meines jetzigen Aufenthaltes in Jugoslawien in den verschiedensten Kreisen mehrmals angedeutet – dann sehe sich die kommunistische Führung erneut dem Verlangen nach einer Oppositionspartei gegenübergestellt. Und verschiedenenorts ist bemerkt worden, daß dann auch die Gewerkschaftsfrage neu angeschnitten werden müßte. In der Artikelreihe über das Absterben des Kommunismus geht Edvard Kardelj auf diese Frage ein. Als Alternative fordert er die Verbesserung des jugoslawischen Betriebsrätesystems – der Arbeiterselbstverwaltung. Er stellt fest, daß die ökonomische Zusammenarbeit zwischen Betriebsleitung und Arbeitsrat schrittweise ausgebaut werden muß und es in erster Linie die Aufgabe des Bundes Jugoslawischer Kommunisten sein muß, die werktätige Bevölkerung zu besserem ökonomischem Denken und Handeln zu erziehen. Es ist nicht das System,



das Mängel aufweist, sondern es sind unsere Kader, die noch nicht in dem Maße geschult sind, um den Anforderungen unseres Systems gerecht zu werden.

Dieses hier bloß in Ansätzen skizzierte Programm beweist allerdings, daß sich Titos KP verändert hat. An die Stelle der einstmals verhaßten Agitation sind Schulung und Information getreten. Trotzdem scheint es den Regierungsstellen nicht so wohl in ihrer Haut zu sein. Die momentane Unsicherheit im politischen Handeln und Denken ist offensichtlich – aber auch verständlich. Obschon man heute in Jugoslawien die größtmögliche Freiheit besitzt, selbst heiße politische Eisen anzufassen, so vermögen etwaige Forderungen z. B. auf eine Oppositionspartei dennoch die führenden Kommunisten in Rage zu bringen. Symptomatisch dafür sind die Fälle von Schriftstellern und Redaktoren, die – wie im Falle Mihajlows – eines umstrittenen Artikels wegen vor den Kadi zitiert werden. Trotzdem aber ist es verblüffend, wie sich Titos KP in den letzten Jahren gewandelt hat. Die Forderungen, die einst einen Milovan Djilas ins Gefängnis brachten, werden heute innerhalb der Partei kritisch beleuchtet. Und die Antwort, die ich von einer Dolmetscherin auf meine Frage nach den Verbrechen Djilas' bekam, ist bezeichnend: «Er hat zwölf Jahre zu früh geschrieben!»

*Bruno Schläppi, Zürich*

## Buchbesprechungen

*Wohn- und Arbeitsort der Berufstätigen (Pendelwanderung).* Eidgenössisches Statistisches Amt, Bd. 30, Teil IV der Eidgenössischen Volkszählung 1960. Bern (1965). 97 Seiten.

Im Zeitalter der Industriegesellschaft sind der Wohn- und Arbeitsort für einen großen Teil der Berufstätigen nicht mehr identisch. Das Problem der Pendelwanderung nimmt zusehends an Bedeutung zu. Ueber den zahlenmäßigen Umfang dieser «Volksbewegung» gibt das vorliegende Heft ausgiebige Auskunft. Täglich zirkulieren (1960) rund 568 000 Berufstätige zwischen ihrem Wohn- und Arbeitsort, die beide nicht in derselben Gemeinde liegen, das sind rund 23 Prozent der Gesamtzahl der Berufstätigen. In einer Anzahl aufschlußreicher Tabellen wird dieses moderne Zivilisationsproblem nach Kantonen und Gemeinden untersucht. Allein im Jahrzehnt zwischen 1950–1960 hat diese Bewegung gesamthaft um 55 Prozent zugenommen, die freilich in den einzelnen Kantonen große Unterschiede, zwischen 21 bis 100 Prozent, aufweist. Für den Regionalplaner, den Städtebauer und den Gesellschaftspolitiker ergeben sich daraus zwingende Schlußfolgerungen, auf die allerdings die vorliegende Untersuchung nicht eingeht, da sie sich auf die statistische Erfassung beschränkt. –ler.

*Hans-Hermann Hartwich: Politik im 20. Jahrhundert.* Verlag Georg Westermann, Braunschweig (1964). 484 Seiten. Fr. 19.50. (S. f.)

In der Demokratie ist jeder Bürger aufgerufen, sich an ihr politisch zu interessieren, sich über sie sachlich zu informieren, sie kritisch zu beurteilen und